WIRTSCHAFT KRAFTWERKE FÜR DEN NOTFALL

Deutschlands Bedarf an Reserve-Kraftwerken verdoppelt sich

Stand: 03.05.2019 | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Daniel Wetzel**
Wirtschaftsredakteur

Die Energiewende fordert das Stromnetz zunehmend heraus. Die Netzagentur hält eine Verdopplung der Reserve-Kraftwerke auf zehn Gigawatt für nötig. Das entspricht der Leistung von zehn Atomkraftwerken. Der Kohleausstieg ist da noch gar nicht eingepreist.

Die Zahl der Kraftwerke, die als Folge von Energiewende und Atomausstieg ausschließlich für den Notfall bereitgehalten werden müssen, steigt in den nächsten Jahren erneut auf Rekordwerte. „Es gibt nach wie vor einen Bedarf an Netzreserve, um das deutsche Stromnetz in kritischen Situationen stabil zu halten“, kommentierte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, die neueste Prognose. „Das macht die Bedeutung eines zügigen Netzausbaus deutlich.“

Laut der Bonner Behörde steigt der Bedarf an Reservekraftwerken bis zum Winter 2022/2023 auf den Rekordwert von 10.647 Megawatt. Damit muss eine Erzeugungskapazität, die umgerechnet der von zehn Atomkraftwerken entspricht, nur zum Zwecke der Stromnetzstabilisierung in Betrieb gehalten werden.

Zwar hatte es im Winter 2017/2018 einen noch höheren Reservebedarf von 11.400 Megawatt gegeben: Damals war allerdings auch noch Österreich Teil einer gemeinsamen Netzzone mit Deutschland. Durch den vom europäischen Netzbetreiberverband verfügten Hinauswurf Österreichs aus dem gemeinsamen Marktgebiet sank der Reservebedarf in Deutschland seither – ein Rückgang, der aber offenbar nur kurzfristig Bestand hat, wie sich jetzt zeigt.

Bei hoher Stromnachfrage und gleichzeitig hoher Erzeugung aus Windkraftanlagen muss das überlastete Netz in der Regel stabilisiert werden. Dann wird die Erzeugungsleistung vor dem Engpass vermindert und gleichzeitig die Erzeugungsleistung hinter dem Engpass erhöht. Das geschieht meist, indem die Stromnetzbetreiber Kraftwerke nördlich der Mainlinie drosseln und Anlagen südlich des Mains hochfahren. Die Kosten dieses Re-

Dispatch genannten Markteingriffs werden auf die Stromrechnungen der Verbraucher (/finanzen/article191503319/Strom-So-wechseln-Sie-Ihren-Tarif-ohne-selbst-etwas-zu-tun.html) abgewälzt.

In 27 Fällen hat Netzagentur Abschaltung untersagt

In der Regel greifen Netzbetreiber wie Amprion oder Tennet dabei auf Kraftwerke zu, die am normalen Strommarkt teilnehmen. In manchen Situationen reichen diese jedoch als Re-Dispatch-Kapazitäten nicht aus. Dann müssen Kraftwerke aus der eigens vorgehaltenen Netzreserve einspringen.

Diese Netzreserve besteht aus Kraftwerken, die von ihren Betreibern aus Wirtschaftlichkeitsgründen eigentlich stillgelegt werden sollten. Die Bundesnetzagentur kann die Stilllegung jedoch untersagen, wenn die Anlagen für den Betrieb des Stromnetzes unverzichtbar sind. Die Turbinen müssen dann gegen eine reine Kostenentschädigung ständig in Betriebsbereitschaft gehalten werden.

Bislang haben Energiekonzerne 110 Kraftwerksblöcke mit einer Kapazität von 22.000 Megawatt zur Stilllegung angemeldet. In 27 Fällen hat die Bundesnetzagentur die Abschaltung bereits untersagt. Aus diesem Pool wird auch die Netzreserve für den kommenden Winter gebildet, die von der Regulierungsbehörde mit 5126 Megawatt angegeben wird.

Für den Winter 2022/2023 rechnet die Bundesnetzagentur nun allerdings mit einer Verdopplung des Netzreservebedarfs auf den besagten Rekordwert von 10.647 Megawatt. Denn wenn Ende 2022 das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet wird, vergrößert sich das Gefälle der installierten Stromerzeugungskapazitäten zwischen Nord- und Süddeutschland. Entsprechend häufiger muss mit Re-Dispatch in den Markt eingegriffen werden, um die Überlastung der Leitungen zu vermeiden.

Zudem verlangt eine neue Stromhandelsverordnung der EU, dass die Netzbetreiber mehr grenzüberschreitende Leitungen dem internationalen Stromhandel zur Verfügung stellen müssen. Auch dadurch steigt der Re-Dispatch-Bedarf.

Kurzfristig ausländische Kraftwerke anmieten

Woher die nötigen Reservekraftwerke im Winter 2022 kommen sollen, ist einstweilen noch unklar. Der Bedarf von mehr als zehn Gigawatt übersteigt bei Weitem das, was an inländischen Kraftwerken zu diesem Zeitpunkt der Netzreserve zur Verfügung stehen wird. Womöglich müssen dann erneut ausländische Kraftwerke zur Sicherung des deutschen Stromnetzes angemietet werden.

Die deutschen Stromnetzbetreiber sollen mit der Beschaffung ausländischer Kraftwerkskapazitäten (/wirtschaft/article191195983/Energiewende-Das-droht-uns-in-der-kalten-Dunkelflaute.html) allerdings noch warten, heißt es bei der Bundesnetzagentur. Schließlich sei der tatsächliche Bedarf im Winter 2022/2023 noch mit Unsicherheiten behaftet. Auch wisse man noch nicht, ob der „Aktionsplan Stromnetze“, der aktuell von der Bundesregierung erarbeitet wird, bis dahin das Problem abmildert. „Die Bundesnetzagentur hält daher an der Praxis fest, Netzreserve im Ausland erst zu kontrahieren, wenn die Bedarfsanalyse für den unmittelbar folgenden Winter einen entsprechenden Bedarf ergibt.“

Offenbar hegt die Bundesnetzagentur keinen Zweifel, dass Kraftwerkskapazitäten in dieser Größenordnung im Ausland auch 2022 noch kurzfristig kontrahiert werden können. Welche Preise dann aufgerufen werden, ist allerdings unsicher: Schließlich werden auch in zahlreichen europäischen Nachbarländern fossile Kraftwerke reihenweise stillgelegt.

„Der Netzreservebedarf von über 10.000 Megawatt in 2022/2023 ist ein deutlicher Weckruf an die Politik“, kommentierte Stefan Kapferer, Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung des Energiewirtschaftsverbandes BDEW, die Prognose. „Wir müssen beim Netzausbau endlich aufs Tempo drücken. Die geplanten Nord-Süd-Verbindungen sind unverzichtbar. Wer meint, auf diese Leitungen verzichten zu können, lügt sich in die Tasche.“

Kohleausstieg noch gar nicht eingepreist

Auch neue Kraftwerke seien angesichts der Prognose dringend nötig, betonte Kapferer: „Was aktuell an Zubau stattfindet, sowohl an erneuerbaren Energien als auch an Gaskraftwerken, kann nicht kompensieren, was an gesicherter Leistung mit dem

schrittweisen Kohleausstieg und dem Kernenergieausstieg vom Netz geht."

Der deutsche Beschluss zum Kohleausstieg hat dabei in die Bedarfsrechnung noch gar nicht Eingang gefunden. So sollen nach den Empfehlungen der sogenannten Kohlekommission zusätzlich zum Atomausstieg bis 2022 Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von 12.500 Megawatt vom Netz genommen werden.

Diese Größenordnung übertrifft für sich allein genommen schon den jetzt prognostizierten Bedarf an Reservekraftwerken. Allerdings weist die Bundesnetzagentur darauf hin, dass die Abschaltung der Kohlemeiler je nach Standort und Eigenschaft sowohl zu einem Anstieg als auch zu einem Absinken des Bedarfs an Netzreserve führen kann.

Lesen Sie alles Wichtige rund um Wirtschaft – im täglichen **Newsletter** der WELT.

JETZT BESTELLEN

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: http://epaper.welt.de

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: https://www.welt.de/192874827